



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Bahrain 2019

Antifolterkonvention: unterzeichnet

Verwendung von unter Folter entstandenen Geständnissen

Im Jahr 2019 setzte Bahrain die Praxis von Massenverfahren zum Entzug der Staatsbürgerschaft fort. So wurden im April 138 Menschen aufgrund von Terrorismusvorwürfen zusätzlich zu einem Urteil zu Haftstrafen bis zu 3 Jahren die Staatsangehörigkeit entzogen. Auch Todesurteile werden in solchen Massenverfahren gesprochen. So sollten im Juli zwei Männer (Ali Mohamed al-Arab und Ahmed Issa al-Malali) hingerichtet werden, die in Haft gefoltert worden waren, offensichtlich durch Schläge und Elektroschocks. Ali Mohamed al-Arab wurden zudem die Zehennägel ausgerissen. Durch die Folter waren Geständnisse erpresst worden, die vor Gericht gegen sie verwendet worden waren.

Medizinische Versorgung in Gefängnissen verweigert

Die medizinische Versorgung von Häftlingen ist weiterhin besorgniserregend. Insbesondere im Jaw Prison ist die medizinische Versorgung der Inhaftierten schockierend schlecht, so wurde Patienten mit Krebs, multipler Sklerose und Sichelzellenanämie fachärztliche Hilfe verweigert.

Unterdrückung der Zivilgesellschaft

Die politische Opposition im Land wird weiterhin massiv unterdrückt, dies betrifft insbesondere MenschenrechtlerInnen, JournalistInnen, Oppositionelle und Schiiten. Dementsprechend wurden bestehende Gerichtsurteile gegen die gewaltlosen politischen Gefangenen Nabeel Rajab und Sheikh Ali Salman bestätigt. Auch das Urteil zum Verbot der oppositionellen Gruppierung Wa'ad aus dem Jahr 2017 blieb bestehen. Der Oppositionsführer Ebrahim Sharif wurde im März zu 6 Monaten Haft verurteilt, weil er den sudanesischen Diktator Omar al-Bashir auf Twitter kritisiert hatte.